

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2487

der Abgeordneten Julian Brüning (CDU-Fraktion) und Roswitha Schier (CDU-Fraktion)

Drucksache 7/6906

Ausweisung von Wildnisgebieten in Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: In der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ vom 7. November 2007 hat sich die Bundesregierung das Ziel gegeben, 2% der Bundesfläche als Wildnisgebiete einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Auf 1% der Landesfläche hat Brandenburg bereits Wildnisgebiete gesichert und ist damit in der Spitzengruppe der Bundesländer. In der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt werden insbesondere Bergbaufolgelandschaften, ehemalige Truppenübungsplätze, Fließgewässer, Meeresküsten, Moore und das Hochgebirge als infrage kommende Standorte benannt (S. 40). In Kulturlandschaften wie dem Spreewald hingegen soll „die nachhaltige Nutzung unter Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ im Mittelpunkt stehen (S. 41). Als bekannt wurde, dass es seitens der Landesregierung Bestrebungen gebe, Landeswaldflächen im Spreewald als Wildnisgebiete auszuweisen, traf dies in der Region auf große Skepsis, da gerade die Bewirtschaftung im Einklang mit der Natur das Schützenswerte an dieser einzigartigen Landschaft sind. Die Einstufung als UNESCO-Biosphärenreservat bestätigt dies. Es stellt sich deshalb auch die Frage, ob mit einer Ausweisung von Wildnisgebieten im Spreewald naturschutzfachlich die richtige Entscheidung getroffen wird.

Vorbemerkung der Landesregierung: Im Hinblick auf die Bedeutung von Biosphärenreservaten für die Wildnisentwicklung und auch umgekehrt die der Wildnis für die Biosphärenreservate trifft die Nationale Strategie für die biologische Vielfalt (NBS) selbst eine Aussage. Danach werden alle großflächigen, zusammenhängenden Kernzonen der Biosphärenreservate als Wildnisgebiete eingestuft. Dahinter steht die Erwägung, dass diese Kernzonen eine besondere Bedeutung als Rückzugsraum besonders für störungsempfindliche Arten und als Motor für eine natürliche Biodiversitätsentwicklung besitzen. Einige Kernzonen des Biosphärenreservats Spreewald genügen den genannten Anforderungen an Großflächigkeit, sind also auf das 2 %-Ziel Wildnisflächen anrechenbar. Die Kernzonen sollen zukünftig ergänzt werden um Flächen des Landeswaldes, für die eine natürliche Waldentwicklung vorgesehen ist. Nach der NBS soll auf 10 % der Fläche des Landeswaldes eine natürliche Waldentwicklung stattfinden (NWE-10 Flächen). Hierbei geht es nicht um eine förmliche Unterschutzstellung, sondern lediglich um die Einstellung der forstlichen Bewirtschaftung. Im Rahmen dieses Prozesses werden durch die Forst- und Naturschutzverwaltung Flächen identifiziert, die aus ökologischen und ökonomischen Erwägungen heraus geeignet sind, auch zur Erreichung des 2 % Wildnisziels beizutragen.

Eingegangen: 10.01.2023 / Ausgegeben: 16.01.2023

1. Welche Änderungen sind nach Auffassung der Landesregierung in Wildnisgebieten, insbesondere in möglicherweise auszuweisenden Flächen im Spreewald, im Bereich Angeln und Fischerei im Vergleich zum Status quo nötig?
2. Welche Änderungen sind nach Auffassung der Landesregierung in Wildnisgebieten, insbesondere in möglicherweise auszuweisenden Flächen im Spreewald, im Bereich Jagdausübung im Vergleich zum Status quo nötig?
3. Wie würde, sofern Landeswaldflächen im Spreewald als Wildnisgebiete ausgewiesen würden, die Unterhaltung der Fließe erfolgen? Wir bitten um genaue Beschreibung der notwendigen Änderungen im Vergleich zum Status quo.
4. Müsste mit der Ausweisung von Wildnisgebieten im Spreewald die Stilllegung von Fließen einhergehen?

Zu Fragen 1 bis 4: Im Biosphärenreservat Spreewald ändert sich durch die forstliche Nutzungsaufgabe im Landeswald nichts in den Bereichen Angeln, Fischerei, Jagdausübung und Unterhaltung der Fließe. Es werden keine neuen Schutzgebietsverordnungen für die Wildniskulisse ausgewiesen; die vorhandenen Schutzgebietsverordnungen bleiben bestehen.

5. Wer entscheidet wann über die Ausweisung von Wildnisflächen, insbesondere im Spreewald?

Zu Frage 5: Die Nutzungsaufgabe im Landeswald, um damit die Wildniskulisse zu ergänzen, unterliegt unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen auf den LFB (z. B. mögliche Ertragsausfälle des Landesbetriebes Forst) der Entscheidung des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz im Rahmen seines ihm übertragenen Geschäftsbereichs.

6. Muss das Kabinett der Entscheidung über auszuweisende Wildnisflächen zustimmen?
7. Muss der Landtag der Entscheidung zustimmen?
8. Müssen die Landkreise und Kommunen der Entscheidung zustimmen?

Zu Fragen 6 bis 8: Es ist vorgesehen, die unter den Fragen 6 bis 8 genannten Gremien über die Auswahl der Flächen zu informieren. Eine Verpflichtung zur Zustimmung besteht nicht.

9. In der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 2044 (Drucksache 7/5745) schreibt die Landesregierung, dass wildnisartige Flächen der Naturschutzverbände und Stiftungen für die Landesziele zur Wildnisentwicklung angerechnet würden, wenn der zulässige Rahmen der Qualitätskriterien erfüllt sei. Für welche Flächen von Naturschutzverbänden und Stiftungen ist eine solche Anrechnung bereits erfolgt und bei welchen Flächen wird dies derzeit geprüft?

Zu Frage 9: Die Flächen „Prösa“, „Zschornoer Wald“, „Rüthnicker Heide“ und „Weißhaus“ im Eigentum der Deutschen Bundesstiftung Umwelt sowie ehemals militärisch genutzte Flächen in Jüterbog, Lieberose und Heidehof im Eigentum der Stiftung Naturlandschaften Brandenburg sind bereits für die Erreichung des 1%-Wildnisziels in Brandenburg angerechnet worden.

Insbesondere das Kriterium der Mindestgröße stellt bei wildnisartigen Flächen im Eigentum von Naturschutzstiftungen und -verbänden eine große Hürde für die Einbeziehung in die Wildniskulisse dar. Derzeit wird die Ergänzung von weiteren Flächen im Eigentum von Stiftungen, die noch nicht die Mindestgröße für Wildnis erfüllen, durch Landeswaldflächen geprüft. Dies betrifft beispielsweise Flächen der „Tangersdorfer Heide“ und im Bereich von „Grünhaus“.

10. Was ändert sich in Wildnisgebieten, wenn diese in den Katalog der Wildnisgebiete von BfN bzw. BMUV aufgenommen werden und für das Bundesziel zur Anrechnung kommen?

Zu Frage 10: Die Aufnahme von Wildnisgebieten in entsprechende Verzeichnisse des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) ist nicht mit einer Änderung der Bewirtschaftbarkeit der Flächen verbunden.